Gedenkrede zum Erinnerungsgang am 10. November 2026

Bürgermeister Michael Meyer-Hermann

Liebe Versmolderinnen und Versmolder,

wir sind heute hier zusammengekommen, um zu erinnern. Um innezuhalten und der jüdischen Bürgerinnen und Bürger zu gedenken, die in unserer Stadt gelebt haben und denen in der Zeit des Nationalsozialismus unermessliches Leid zugefügt wurde. Deren Namen im Gedenken auf unserem Erinnerungszeichen und den Stolpersteinen stehen.

Der 10. November ist für Versmold ein besonderer, ein besonders dunkler Tag in unserer Stadtgeschichte. Denn die Verbrechen des Nationalsozialismus fanden nicht irgendwo statt. Sie geschahen auch hier – mitten unter uns, in unserer Nachbarschaft, auf unseren Straßen.

Die Gräueltaten am 10. November 1938 waren kein spontaner Gewaltausbruch. Sie waren das Ergebnis einer jahrelangen systematischen Ausgrenzung, Entrechtung und Entmenschlichung jüdischer Menschen.

Auch in Versmold brannte die Synagoge. Ein Ort des Gebets und der Begegnung, ein Ort jüdischen Lebens in unserer Stadt, wurde zerstört. Diesen Ort werden wir gleich aufsuchen und dort innehalten.

Wir gedenken aber vor allem den Menschen, denen dieses Unrecht angetan wurde. An Familien, die hier ihre Heimat hatten. An Nachbarn, Geschäftsleute und Kinder, die plötzlich nicht mehr dazugehören sollten.

Besonders bewegend ist das Schicksal der Familie Steinfeld, an das wir im vergangenen Jahr intensiv erinnert haben. Sie hoffte, Deutschland verlassen und in Brasilien eine neue Heimat finden zu können. Doch die notwendigen Visa wurden verweigert und eine Ausreise für die Familie damit unmöglich. 1942 wurde sie deportiert. Ihre Geschichte mahnt uns. Und sie verpflichtet uns.

Die Novemberpogrome waren ein entscheidender Wendepunkt auf dem Weg zur systematischen Vernichtung jüdischen Lebens in Europa. Doch dieser Weg begann viel früher: mit Worten, mit Hetze, mit Vorurteilen und mit der schrittweisen Gewöhnung an Ausgrenzung und Diskriminierung.

Darin liegt eine der wichtigsten Lehren unserer Geschichte: Eine Gesellschaft verliert ihre Menschlichkeit nicht erst dann, wenn Synagogen brennen. Sie verliert sie bereits dann, wenn Menschen wegen ihrer Herkunft oder Religion verächtlich gemacht werden und wenn Hass unwidersprochen bleibt.

Deshalb bleibt unser Gedenken nicht bei der Rückschau auf das Jahr 1938 stehen. Es richtet auch unseren Blick auf die Gegenwart.

Und dieser Blick gibt Anlass zur Sorge!

Antisemitismus ist in Deutschland und auch gewiss in unserer Stadt keineswegs überwunden – im Gegenteil. Er kommt aus unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Richtungen. Er zeigt sich in rechtsextremen, islamistischen und auch in linksextremen Zusammenhängen.

Die AfD gibt sich immer wieder als Fürsprecherin Israels und jüdischen Lebens. Doch diese Selbstdarstellung steht im Widerspruch zu antisemitischen Positionen, geschichtsrevisionistischen Äußerungen und völkischem Denken, das in ihren Reihen weit verbreitet ist. Wer die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert oder mit der Forderung nach einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“ die deutsche Erinnerungskultur verächtlich macht, kann nicht glaubwürdig für den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland eintreten. Und zu durchsichtig ist auch die Instrumentalisierung des vermeintlichen Schutzversprechens für jüdisches Leben, um in gleichem Atemzug gegen Muslime zu hetzen.

Aber ebenso deutlich muss gesagt werden: Antisemitismus ist nicht weniger gefährlich, wenn er sich eines linken politischen Vokabulars bedient.

Die aktuellen Diskussionen um die Regierungsbildung in Berlin führen uns das vor Augen. Die Berliner Linke steht wegen Kontakten einzelner Akteure zu israelfeindlichen Aktivisten und wegen Positionen innerhalb ihrer Partei in der Kritik. Insbesondere der Umgang mit antisemitischen Äußerungen, die Ablehnung des Existenzrechts Israels von gewählten Abgeordneten und die Nähe einzelner Gruppierungen zu Israel-Hassern werfen deutliche Fragen auf. Dass vor den Koalitionsverhandlungen Vereinbarungen zum Schutz jüdischen Lebens und zur Abgrenzung von Antisemitismus nötig waren, zeigt die politische Brisanz und die moralische Ambivalenz in dieser Partei.

Wer politische Verantwortung übernehmen will, muss auch Verantwortung für die Haltung der eigenen Partei übernehmen. Es reicht nicht, sich in Sonntagsreden zum Schutz jüdischen Lebens zu bekennen. Entscheidend ist, ob man antisemitischen Äußerungen widerspricht – auch dann, wenn sie aus den eigenen Reihen kommen.

Eines muss für uns in Deutschland ganz klar sein: Antisemitismus bleibt Antisemitismus – unabhängig davon, aus welcher politischen Richtung er kommt!

Es ist unerträglich, wenn eine gesichert rechtsextreme Partei in Kürze die Regierungsverantwortung in einem Bundesland übernehmen könnte. Ebenso unerträglich ist es, wenn in Berlin – der Stadt, in der 1942 auf der Wannsee-Konferenz der Holocaust erdacht wurde und in der das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ an das Schicksal der 6 Mio. Jüdinnen und Juden erinnert – eine von Israel-Feinden durchsetzte Partei in die Verantwortung im Roten Rathaus gebracht werden soll. Es ist unerträglich, dass Jüdinnen und Juden 80 Jahre nach dem Holocaust wieder „auf gepackten Koffern sitzen“, weil sie sich in Deutschland nicht mehr sicher fühlen.

Was bedeutet das für uns hier in Versmold?

Wir tragen auch in unserer Stadt Verantwortung dafür, dass jüdisches Leben selbstverständlich seinen Platz in unserer Gesellschaft und in Deutschland hat. Dafür braucht es mehr als Gedenkveranstaltungen. Es braucht Haltung im Alltag. Menschen, die widersprechen, wenn antisemitische Sprüche fallen. Menschen, die nicht wegschauen, wenn andere ausgegrenzt werden. Und es braucht die Bereitschaft, jungen Menschen zu vermitteln, was hier geschehen ist und wie es dazu kommen konnte. Das tun wir an vielen Stellen.

Die Erinnerung an die Vergangenheit ist kein Selbstzweck. Sie ist ein Auftrag für die Zukunft. Und wir können dafür sorgen, dass aus dieser Erinnerung eine klare Haltung

erwächst: gegen Antisemitismus, gegen Rassismus, gegen Ausgrenzung und gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit.

Denn: Die entscheidende Frage ist nicht nur, was die Menschen damals getan haben. Die entscheidende Frage ist auch, was wir heute tun, wenn Menschen ausgegrenzt, bedroht oder angefeindet werden.

Schauen wir nicht weg. Widersprechen wir. Zeigen wir Haltung. Und stehen wir gemeinsam für eine Gesellschaft ein, in der die Würde jedes Menschen unantastbar ist. Das sind wir den Opfern von damals schuldig. Und das sind wir den kommenden Generationen schuldig.

Herzlichen Dank an alle, die diesen Erinnerungsgang Jahr für Jahr vorbereiten und gestalten und damit die Geschichte unserer jüdischen Bürgerinnen und Bürger lebendig halten.

Lassen Sie uns nun gemeinsam den Weg des Erinnerns gehen.

Damit die Menschen, an die wir heute denken, nicht vergessen werden. Und damit sich ihre Geschichte niemals wiederholt. Vielen Dank!